



Bericht über die Arbeitsinspektion 2014

Vorbemerkung:

Mit der Veröffentlichung der nachstehenden Angaben kommt die Schweiz ihrer Berichterstattungspflicht gemäss Artikel 21 des Übereinkommens Nr. 81 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) über die Arbeitsaufsicht nach. Der Jahresbericht der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS) wird separat publiziert und in diesem Bericht stellenweise zitiert.

Dieser Bericht beinhaltet:

- Gesetze und Verordnungen, für welche die Arbeitsaufsicht zuständig ist,
- Personal der Arbeitsaufsicht;
- Statistik der Wirtschaftssektoren, Branchen und Beschäftigten;
- Statistik der durchgeführten Besuche;
- Statistik der Übertretungen und verfügten Zwangsmassnahmen;
- Statistik der Berufsunfälle und Berufskrankheiten und
- alle sonstigen Fragen, die in den Wirkungsbereich dieser Behörde fallen.

Bern, den 20. September 2015

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines	4
1.1	Einführung	4
1.2	Gesetzliche Grundlagen	4
1.2.1	Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (ArG; SR 822.11)	4
1.2.2	Bundesgesetz über die Unfallversicherung (UVG; SR 832.20)	4
1.3	Aufsichtsorgane und deren Personal	4
1.3.1	Eidgenössische Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS)	4
1.3.2	Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)	5
1.3.3	Kantonale Arbeitsinspektorate (KAI)	5
1.3.4	Schweizerische Unfallversicherungsanstalt (SUVA)	5
1.4	Wirtschaftssektoren, Branchen und Beschäftigte	5
1.5	Betriebe mit Arbeitszeitbewilligungen	6
1.6	Berufsunfälle und -krankheiten	6
1.7	Studien und Umfragen zum Gesundheitsschutz	6
2	Aufsicht und Vollzug ArG / UVG	7
2.1	Aufsichtstätigkeit der Bundesbehörden	7
2.2	Aufsichtstätigkeit der kantonalen Arbeitsinspektorate	8
2.2.1	Besuchte Betriebe und Besuche	8
2.2.2	Planbegutachtungen und -genehmigungen	8
2.3	Allgemeine Unterstützung der kantonalen Arbeitsinspektorate	9
2.4	Kollektive Unterstützung der kantonalen Arbeitsinspektorate	9
2.4.1	Nationale Vollzugsschwerpunkte	9
2.4.2	Jugendschutz	9
2.4.3	Neue Publikationen und Arbeitsmittel	10
2.4.4	Aus- und Weiterbildung	10
2.5	Übertretungen von Vorschriften des ArG oder UVG	11
2.5.1	Mahnungen (gemäss Art. 51 Abs. 1 ArG und 62 VUV)	11
2.5.2	Verfügungen: Kantone, SUVA (gemäss Art. 51 Abs. 1 ArG und Art. 64 VUV)	11
2.5.3	Anzeigen und Gerichtsentscheide (Bundesgericht, Kantone; gemäss Art. 51 Abs. 2 ArG und Art. 64 VUV)	11
3	Produktesicherheit	12
4	Chemikalien und Arbeit	13
4.1	Gesetzliche Grundlagen	13
4.2	Vollzug	14
4.3	Antragsgebundene Verfahren: Anmeldungen und Zulassungen	14
4.4	GHS-Informationskampagne	14
5	Anhang	15
5.1	Gesetze und Verordnungen	15
5.2	Glossar	16

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Beschäftigte pro Wirtschaftssector und Branche, 4. Quartal 2014. Quelle: BFS	6
Tabelle 2: Anzahl Betriebe, die 2014 besucht wurden.....	8
Tabelle 3: Anzahl Besuche, die den Betrieben im Jahr 2014 erstattet wurden	8
Tabelle 4: Planbegutachtungen (PB) und -genehmigungen (PG) 2014	8
Tabelle 5: Gemäss Chemikaliengesetz durchgeführte Verfahren 2014	14

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Meldungen nicht konformer Produkte an das Ressort Produktesicherheit ABPS 2014	12
Abbildung 2: Anfragen an das Ressort Produktesicherheit ABPS 2014	13

1 Allgemeines

1.1 Einführung

Die Schweiz hat das Übereinkommen Nr. 81 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) über die Arbeitsaufsicht ratifiziert. Mit der Veröffentlichung der nachstehenden Angaben erfüllt die Schweiz für das Jahr 2014 ihre Pflicht zur jährlichen Berichterstattung gemäss Artikel 21 dieses Übereinkommens.

Die Angaben fassen – sofern vorhanden – die Berichte der verschiedenen Vollzugsorgane des Arbeitnehmerschutzes in der Schweiz im Bereich der Arbeitssicherheit (Verhütung von Betriebsunfällen und Berufskrankheiten) und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz auf nationaler Ebene zusammen.

1.2 Gesetzliche Grundlagen

Die Regelung des öffentlich-rechtlichen Arbeitnehmerschutzes ist auf das Arbeitsgesetz (ArG) und das Unfallversicherungsgesetz (UVG) aufgeteilt. Die beiden Bundesgesetze unterscheiden sich im Geltungsbereich, in den Präventionsbereichen und in der Vollzugsordnung.

1.2.1 Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (ArG; SR 822.11)

Das Arbeitsgesetz gilt für die grosse Mehrheit der Arbeitnehmenden. Ausgenommen sind insbesondere Arbeitnehmende im öffentlichen Verkehr sowie jene im ersten Wirtschaftssektor. Im Arbeitsgesetz sind der allgemeine Gesundheitsschutz (ohne die Prävention von Berufskrankheiten), die Plangenehmigung, die Arbeitszeiten sowie der Sonderschutz von Jugendlichen und jener von schwangeren und stillenden Frauen geregelt.

1.2.2 Bundesgesetz über die Unfallversicherung (UVG; SR 832.20)

Das Unfallversicherungsgesetz gilt für alle Arbeitnehmenden. Neben den Aspekten der Unfallversicherung ist in diesem Gesetz die Arbeitssicherheit, d.h. die Prävention von Berufsunfällen und speziell definierter Berufskrankheiten (siehe Abs. 1.6) geregelt. Der Vollzug des UVG durch die Kantone, die Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt (SUVA), das SECO sowie die Fachorganisationen ist im [EKAS Jahresbericht 2014](#) vom 27. Juli 2015 vollumfänglich aufgenommen.

1.3 Aufsichtsorgane und deren Personal

Mit dem Vollzug des ArG sind schweizweit die kantonalen Arbeitsinspektorate und die Eidgenössische Arbeitsinspektion betraut. Mit dem Vollzug des UVG sind gebietsweise die Inspektoren der SUVA wie auch jene der kantonalen Arbeitsinspektorate und der Eidgenössischen Arbeitsinspektion beschäftigt.

Als Aufsichtspersonal standen 2014 schweizweit insgesamt 49 991 Stellenprozente zur Verfügung (2013: 50 700), welche auf 599 Aufsichtspersonen (2013: 625 Personen) verteilt sind. Von diesen waren 335 bei der SUVA beschäftigt (2013: 334), 200 bei den kantonalen Arbeitsinspektoraten (2013: 232) und 64 im Bereich Arbeitsbedingungen der Direktion für Arbeit des SECO (2013: 59).

1.3.1 Eidgenössische Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS)

Die EKAS ist die zentrale Informations- und Koordinationsstelle der Vollzugsorgane des UVG. Sie finanziert und koordiniert die Präventionsmassnahmen, die Aufgabenbereiche im Vollzug und die einheitliche Anwendung der Vorschriften zur

Prävention von Betriebsunfällen und Berufskrankheiten. Ihre Beschlüsse sind verbindlich.

1.3.2 Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)

Im Bereich des Arbeitnehmerschutzes nimmt das SECO primär die Bundesaufsicht des Vollzugs des ArG und UVG im Durchführungsbereich der Kantone wahr. Für die einheitliche Rechtsanwendung strebt die im SECO angesiedelte Eidgenössische Arbeitsinspektion mit den Kantonen (im Rahmen der Möglichkeiten des Subsidiaritätsprinzips) Kooperationen an und unterstützt die unité de doctrine im kantonalen Vollzug in den Bereichen Aufsicht, Koordination, Weiterbildung sowie Beratung und Information. Das SECO kann den Kantonen Weisungen erteilen und Richtlinien erlassen.

1.3.3 Kantonale Arbeitsinspektorate (KAI)

Die KAI sind in den meisten Fällen in den kantonalen Volkswirtschaftsdirektionen angesiedelt. Sie vollziehen die Bestimmungen zum Gesundheitsschutz nach ArG in allen Betrieben der Schweiz sowie jene zur Prävention von Berufsunfällen nach UVG in jenen Betrieben, die nicht der SUVA unterstellt sind. Sie sind aktiv in den folgenden Präventionsbereichen:

- Arbeitszeitbewilligungen
- Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz
- Verhütung von Berufsunfällen
- industrielle Unterstellung von Betrieben und
- Planbegutachtungen und -genehmigungen.

1.3.4 Schweizerische Unfallversicherungsanstalt (SUVA)

Neben ihren Aufgaben als Unfallversicherung vollzieht die SUVA die Bestimmungen zur Prävention von Berufsunfällen in den ihr unterstellten Betrieben sowie jene von Berufskrankheiten in allen Unternehmen der Schweiz. Sie ist Versicherung der Arbeitnehmenden, Vollzugsorgan des UVG, Herausgeberin von Informations- und Arbeitsmitteln sowie Anbieterin von Schulungen und Beratungsdienstleistungen im Bereich der Arbeitssicherheit. Die SUVA wird vom Bundesrat, indirekt vom Bundesamt für Gesundheit (BAG/EDI), beaufsichtigt.

1.4 Wirtschaftssectoren, Branchen und Beschäftigte

Gemäss der Beschäftigungsstatistik¹ waren im 4. Quartal 2014 4,231 Millionen Personen im 2. und 3. Wirtschaftssektor beschäftigt (4. Quartal 2013: 4,189 Mio.), davon 3,194 Millionen Personen im 3. Sektor (4. Quartal 2013: 3,154 Mio.) und 1,037 Millionen Personen im 2. Sektor (2013: 1,035 Mio.).

Die Beschäftigten waren im 4. Quartal 2014 zahlenmässig auf die folgenden Branchen verteilt:

¹ www.besta.bfs.admin.ch

Tabelle 1: Beschäftigte pro Wirtschaftssector und Branche, 4. Quartal 2014. Quelle: BFS

Sektor	Branche / Gewerbe	Anzahl Beschäftigte in Mio.
2. Sektor	<ul style="list-style-type: none"> • Verarbeitendes Gewerbe • Baugewerbe 	<ul style="list-style-type: none"> • 0,663 (2013: 0,663) • 0,327 (2013: 0,326)
3. Sektor	<ul style="list-style-type: none"> • Handel • Gastgewerbe, Beherbergung • Finanz- und Versicherungs- dienstleistung • Freiberufliche (wissenschaftli- che und technische) Dienstleis- tung • Erziehung und Unterricht • Gesundheits- und Sozialwesen 	<ul style="list-style-type: none"> • 0,630 (2013: 0,630) • 0,210 (2013: 0,208) • 0,231 (2013: 0,231) • 0,341 (2013: 0,335) • 0,296 (2013: 0,291) • 0,578 (2013: 0,557)

1.5 Betriebe mit Arbeitszeitbewilligungen

Das Ressort Arbeitnehmerschutz im SECO, welches zuständig ist für die Erteilung von Arbeitszeitbewilligungen für dauernde oder regelmässig wiederkehrende Nacht- und Sonntagsarbeit sowie Bewilligungen für ununterbrochenen Betrieb, stellte im Berichtsjahr 2325 Arbeitszeitbewilligungen aus (2013: 2280 Bewilligungen). Die kantonalen Arbeitsinspektorate, welche zuständig sind für die Erteilung von Bewilligungen für vorübergehende Nacht- und Sonntagsarbeit sowie für Bewilligungen für ununterbrochenen Betrieb, haben im Berichtsjahr 10 460 Arbeitszeitbewilligungen ausgestellt (2013: 9802 Bewilligungen).

1.6 Berufsunfälle und -krankheiten

Die Sammelstelle für die Statistik der Unfallversicherung (SSUV)² weist für das Berichtsjahr insgesamt 268 154 (2013: 268 922) neu registrierte Berufsunfälle nach UVG aus, von welchen sich 180 000 (2013: 181 500) in SUVA-versicherten Betrieben ereigneten.

In der Schweiz gelten Krankheiten als «Berufskrankheiten», wenn sie bei der beruflichen Tätigkeit ausschliesslich oder vorwiegend durch schädigende Stoffe oder bestimmte Arbeiten verursacht wurden. Zu den Berufskrankheiten zählen auch andere Krankheiten, für die nachgewiesen wird, dass sie ausschliesslich oder stark überwiegend durch die berufliche Tätigkeit verursacht wurden.

Im Berichtsjahr registrierte die SUVA 2154 neue Fälle von Berufskrankheiten (2013: 2263).

1.7 Studien und Umfragen zum Gesundheitsschutz

Grundlage für das Monitoring «Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz» bilden drei nationale Erhebungen, die versetzt alle fünf Jahre durchgeführt werden.

² www.unfallstatistik.ch

2014 hat die Schweiz zum zweiten Mal an der Europäische Betriebserhebung zu neuen und aufkommenden Risiken der EU-OSHA (ESENER-Studie) teilgenommen. Die EU-OSHA hat in jedem europäischen Land mindestens 1000 Betriebsverantwortliche befragt. Die Erhebung deckt Themen ab wie den Beizug von

(ASA-)Spezialisten und -Spezialistinnen, Risikobeurteilungen und Gefährdungsermittlungen, sicherheitsfördernde Faktoren für Betriebe sowie Hindernisse für eine gute Praxis und Einschätzungen über Entwicklungen. Die EU-OSHA wird im Laufe 2015 die Resultate veröffentlichen.

Die folgenden Studien zum Thema Gesundheitsschutz wurden ergänzend durchgeführt:

- Eine vertiefte **Auswertung der Resultate der Schweizerischen Gesundheitsbefragung 2012 in Bezug auf Arbeitsplatzrisiken** wurde 2014 durchgeführt. Im Fokus standen fünf Branchen, die hohe physische Belastungen aufweisen: Bau, Industrie, Gastgewerbe, Gesundheitswesen und Sozialarbeit.
- **Stehen bei der Arbeit:** Obwohl die Konsequenzen von zu wenig Bewegung im Alltag in den letzten Jahren allgemein bekannt geworden sind, kann daraus nicht gefolgert werden, dass langes Stehen besser ist als langes Sitzen. Zusammen mit der SUVA hat das SECO 2014 angefangen, weiteres Fachwissen über diese Risiken zu generieren. Aufgrund der vorliegenden Ergebnisse kann das SECO bereits heute empfehlen, bei Steharbeit von mehr als zwei Stunden unbedingt eine Sitzgelegenheit zu installieren.
- Wirkungsmessung einer Weiterbildung über **Erkrankungen des Bewegungsapparates** (*Musculoskeletal disorders* MSD) sowie über die Strategien zum Gesundheitsschutz für **Kleinkindererzieher und Kleinkindererzieherinnen:** Über die Wirksamkeit der Interventionsprogramme zur Prävention dieser Erkrankungen ist noch wenig bekannt. Eine vom SECO gesteuerte Studie wurde in Zusammenarbeit mit der Stadt Lausanne lanciert, um die Wirkungen einer Weiterbildung zum Thema Ergonomie für Kleinkindererzieher und Kleinkindererzieherinnen zu untersuchen. Die Studie läuft und wird voraussichtlich 2015 abgeschlossen. Die Resultate sollen 2016 veröffentlicht werden.
- **Betriebliches Gesundheitsmanagement in den Rettungsdiensten in der Schweiz:** Arbeitsbedingte Gesundheitsprobleme stellen für die Rettungsdienste grosse Herausforderungen dar. Die Studie wird im Rahmen einer Partnerschaft mit dem Interverband für Rettungswesen (IVR) durchgeführt und untersucht exploratorisch, wie das Gesundheitsmanagement bei den Rettungsdiensten in der Schweiz zurzeit umgesetzt wird

2 Aufsicht und Vollzug ArG / UVG

2.1 Aufsichtstätigkeit der Bundesbehörden

2014 hat ein neuer Dreijahreszyklus begonnen, in dem alle Kantone besucht werden. Dabei sind acht Kantone und ein Stadtinspektorat einem Systemaudit und einigen Praxisbegleitungen (Methoden- bzw. Prozessaudits) unterzogen worden.

Im Fokus standen vier Themenbereiche bzw. Arbeitsprozesse einer Arbeitsinspektion, nämlich das Plangenehmigungsverfahren, die ASA-Kontrollen, die Arbeitszeit (Bewilligungen und Kontrollen) und der Umgang mit psychosozialen Risikofaktoren.

Diese Arbeitsprozesse wurden im Systemaudit – wo möglich ebenfalls in den Praxisbegleitungen – in Teilthemen mit zugeordneten Kriterien beurteilt. Es galt zu evaluieren, ob das System geeignet ist, die Aufgabe zu erfüllen bzw. ob die Prozesse gemäss den Vorgaben ausgeführt werden. Die Feststellungen und allfällige

zu treffende Massnahmen sind dem jeweiligen Arbeitsinspektorat schriftlich mitgeteilt worden.

Als Bestandteil des Controllings ist auch ein Indikatorenset zu betrachten, das jährlich aktualisiert wird und den Kantonen erlaubt, ihre Situation bezüglich Leistungen und möglicher Wirkungen im Quervergleich zu erkennen.

2.2 Aufsichtstätigkeit der kantonalen Arbeitsinspektorate

2.2.1 Besuchte Betriebe und Besuche

Die Vollzugsorgane besuchten 2014 in ihren Zuständigkeitsbereichen die folgende Anzahl Betriebe (teils mehrfach):

Tabelle 2: Anzahl Betriebe, die 2014 besucht wurden

SUVA	13 781 private & öffentlich-rechtliche Betriebe	(2013: 13 742)
KAI	10 261 private & öffentlich-rechtliche Betriebe	(2013: 9 128)
SECO	47 Bundesbetriebe	(2013: 45)
Total	24 089 Betriebe	(2013: 22 915)

Diesen Betrieben erstatteten sie im Berichtsjahr für eine Kontrolle oder Beratung die folgende Anzahl von Besuchen:

Tabelle 3: Anzahl Besuche, die den Betrieben im Jahr 2014 erstattet wurden

SUVA	27 464 in privaten & öffentlich-rechtl. Betrieben	(2013: 27 083)
KAI	13 275 in privaten & öffentlich-rechtl. Betrieben	(2013: 13 158)
SECO	64 in Bundesbetrieben	(2013: 52)
Total	40 803 Besuche	(2013: 40 293)

2.2.2 Planbegutachtungen und -genehmigungen

Im Jahr 2014 führten die KAI und das SECO Planbegutachtungen und -genehmigungen für Um- und Neubaumassnahmen durch:

Tabelle 4: Planbegutachtungen (PB) und -genehmigungen (PG) 2014

Vollzugsorgan	PB	PG	Total (Total 2013) 2014
KAI	8566 (2013: 8 316)	807 (2013: 812)	9373 (9128)
SECO	110 (2013: 108)	0 (2013: 0)	110 (108)

2.3 Allgemeine Unterstützung der kantonalen Arbeitsinspektorate

Die Eidgenössische Arbeitsinspektion hat 2014 rund 200 Anfragen zum Gesundheitsschutz und zur Arbeitssicherheit bearbeitet. Davon stammten 18 % von KAI. Die restlichen Fragen stammten von Bürgerinnen und Bürgern, Betrieben, Organisationen und kantonalen oder eidgenössischen Verwaltungen. Bei der Beantwortung der Fragen handelte es sich hauptsächlich um Auskünfte, Erklärungen zur Gesetzgebung, Beschwerden, Anzeigen oder Bitten um Unterstützung.

2.4 Kollektive Unterstützung der kantonalen Arbeitsinspektorate

2.4.1 Nationale Vollzugsschwerpunkte

2014 - 2018: Vollzugsschwerpunkt "Psychosoziale Risiken am Arbeitsplatz"

Das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO startete mit dem Interkantonalen Verband für Arbeitnehmerschutz (Verband der kantonalen Arbeitsinspektorate) und mit Unterstützung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen den für die Jahre 2014 bis 2018 geplanten Vollzugsschwerpunkt «Psychosoziale Risiken am Arbeitsplatz». Die Arbeitsinspektoren und -inspektorinnen prüfen, ob die Arbeitgeber die gesetzliche Pflicht zum Schutz der Arbeitnehmenden erfüllen und auch Massnahmen zur Prävention psychosozialer Gefährdungen umsetzen. In einem ersten Schritt werden vorwiegend Versicherungen/Banken, Telekombetriebe mit Callcentern, Immobilienverwaltungen sowie Verwaltungen (Bund, Kantone, Gemeinden) mit Kundenkontakt beraten und kontrolliert. Die Betriebe werden bei der Erarbeitung systematischer Präventionsmassnahmen durch zahlreiche Publikationen des SECO unterstützt. Im Rahmen wissenschaftlicher Studien werden in Betrieben erfolgreich umgesetzte Präventionsmassnahmen zum Schutz vor psychosozialen Risiken am Arbeitsplatz eruiert und in der Folge als gute Praxisbeispiele kommuniziert.

2.4.2 Jugendschutz

Die ArGV 5 verbietet Jugendlichen unter achtzehn Jahren die Verrichtung von gefährlichen Arbeiten. Als gefährlich gelten unter anderem alle Arbeiten, welche die Gesundheit und die Sicherheit der Jugendlichen beeinträchtigen können.

Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) kann mit Zustimmung des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) für Lernende ab sechzehn Jahren (nach der Definition begleitender Massnahmen neu ab fünfzehn Jahren – siehe unten) in den Bildungsverordnungen Ausnahmen vorsehen, sofern dies für das Erreichen der Ausbildungsziele einer Berufslehre unentbehrlich ist.

Revision der Verordnung 5 zum Arbeitsgesetz (Jugendarbeitsschutz)

Mit der nationalen Harmonisierung der Dauer und Ziele der Bildungsstufen (Harmonis-Konkordat) werden vermehrt unter 16-jährige Jugendliche eine berufliche Grundbildung antreten. Daher hat der Bundesrat mit der Änderung der Verordnung 5 zum Arbeitsgesetz (ArGV 5) das Mindestalter dieser Gruppe von Jugendlichen für gefährliche Arbeiten auf 15 Jahre gesenkt. So will er einen nahtlosen Übergang vom Schul- ins Berufsleben gewährleisten und sicherstellen, dass die Bildungsziele erreicht werden.

Die revidierte Verordnung ist am 1. August 2014 in Kraft getreten und sieht zum Schutze der Jugendlichen vor, dass die Organisationen der Arbeitswelt (OdA) bei Berufen mit gefährlichen Arbeiten in ihren Bildungsplänen begleitende Massnahmen zur Arbeitssicherheit und zum Gesundheitsschutz treffen. Diese Massnahmen müssen innerhalb von drei Jahren nach Inkrafttreten der Änderung der ArGV 5 durch die OdA erarbeitet und durch das SBFI genehmigt werden. In den

darauffolgenden zwei Jahren überprüfen und ergänzen die Kantone die Bildungsbewilligungen. Das heute geltende Mindestalter von 16 Jahren gilt bis zur Umsetzung aller Massnahmen. Sind diese Massnahmen bis zum Ablauf der erwähnten Fristen nicht umgesetzt, dürfen Lernende unter 18 Jahren in der entsprechenden beruflichen Grundbildung künftig keine gefährlichen Arbeiten mehr ausführen.

2.4.3 Neue Publikationen und Arbeitsmittel

Informationsmittel für Betriebe mit Bezug zum Vollzugsschwerpunkt

www.stressnostress.ch: Diese Website, die unter anderem durch das SECO und die SUVA finanziert wird, wurde 2014 einem Redesign unterzogen. Das Layout wurde modernisiert und der Inhalt ausgebaut. Eine verbesserte Benutzerführung erleichtert es Einzelpersonen und insbesondere auch Unternehmen, gezielt ein für sie passendes Anti-Stressprogramm zu erarbeiten. Neu ist der «Gruppen Stress-Check», mit dem die Stress-Situation von ganzen Personengruppen erfasst und ausgewertet werden kann.

www.psyatwork.ch

Dieses neue Angebot des SECO ist eine Plattform mit Links auf Internetangebote, die für die Prävention von psychosozialen Risiken am Arbeitsplatz nützlich sind. Sie richtet sich an Interessierte mit unterschiedlichem Vorwissen zur Thematik.

Publikationen des SECO

Die SECO-Broschüre zum Mobbing wurde ebenfalls vollständig revidiert. Die Broschüre «**Mobbing und andere Belästigungen**» beinhaltet neu Informationen über verschiedene Formen der Verletzung der persönlichen Integrität und entsprechende Schutzmassnahmen.

Als Kurzinformation zur Prävention von psychosozialen Risiken wurde der Flyer «**Psychosoziale Risiken am Arbeitsplatz**» erstellt. Er informiert unter anderem über die Verantwortung des Arbeitgebers und den Vollzugsschwerpunkt des SECO.

Eine Checkliste **Überwachung der Arbeitnehmenden am Arbeitsplatz** (nur elektronisch) dient Arbeitgebern als Hilfsmittel beim Installieren technischer Überwachungs- und Kontrollsysteme. Die Prüfpunkte dienen dazu, gesetzliche Vorgaben zu beachten, um die persönliche Integrität der Mitarbeitenden nicht zu verletzen. Mit der Checkliste können Unternehmen prüfen, ob sie sich im Rahmen dieser Vorschriften bewegen.

2.4.4 Aus- und Weiterbildung

CAS Arbeit + Gesundheit

2014 startete der zum dritten Mal durchgeführte Kurs *Certificate of Advanced Studies* Arbeit und Gesundheit (CAS A+G) an der Hochschule für soziale Arbeit in Luzern (HSLU). An der Haute école de gestion (HEG Arc) wurde der Kurs für 2015 organisatorisch vorbereitet.

Spezialisierungs-/Vertiefungskurse

Im Jahr 2014 wurde für die KAI eine Weiterbildung angeboten, die auf grosses Interesse stiess. 13 Kurse wurden auf Deutsch und 11 auf Französisch durchgeführt. Um die Arbeitsinspektoren und -inspektorinnen auf die Umsetzung des Vollzugs-

schwerpunkts 2014–2018 vorzubereiten, wurden mehrere Schulungen zum Umgang mit der Frage der psychosozialen Risiken im Rahmen von Betriebsbesuchen veranstaltet.

Nationale Tagung der Arbeitsinspektion

Im Rahmen der Tagung vom 17. Juni 2014 in Olten wurden die Arbeitsinspektoren und -inspektorinnen über aktuelle Themen wie die Senkung des Schutzalters für Jugendliche bei gefährlichen Arbeiten, Neuheiten in der Wegleitung zum Arbeitsgesetz, die interkantonale Koordination der Fälle, das internationale System «*Globally Harmonized System*» GHS (Kennzeichnung von Gefahren) usw. informiert. Ausserdem haben verschiedene Workshops stattgefunden, z.B. zur Revisionsvorlage für die ArGV 4 betreffend Fluchtwege, die Alterspflege rund um die Uhr, die aufgrund ungünstiger Arbeitsbedingungen entstehenden Gesundheitskosten und die psychosozialen Risiken am Arbeitsplatz (Vollzugsschwerpunkt 2014–2018).

Expertengespräch: Entwicklungen der Arbeitsbedingungen in der Schweiz

Am 23. September 2014 fand in Bern eine Präsentation und Diskussion zu neuen statistischen Daten statt. Das SECO präsentierte seine Auswertung der Schweizerische Gesundheitsbefragung 2012 „Physische und psychische Belastungen bei der Arbeit und die Gesundheit der Beschäftigten“, wie auch sein Bericht „Gesundheitskosten hoher Arbeitsbelastungen“. Den Präsentationen folgte eine Diskussion über einen Vorschlag zur Abschätzung der volkswirtschaftlichen Kosten.

2.5 Übertretungen von Vorschriften des ArG oder UVG

2.5.1 Mahnungen (gemäss Art. 51 Abs. 1 ArG und 62 VUV)

Werden gesetzliche Vorschriften oder Verfügungen der Vollzugsorgane nicht befolgt, so ermahnen die kantonalen Behörden, die SUVA oder das SECO die fehlbaren Unternehmen zur Einhaltung der Vorgaben.

2014 wurden von den KAI 260 Ermahnungen (2013: 522) betreffend Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ausgestellt. Wie im EKAS-Jahresbericht 2014 publiziert, wurden insgesamt 1954 Ermahnungen (2013: 1742) betreffend die Arbeitssicherheit ausgestellt, davon 336 (2013: 276) von den KAI und 1618 (2013: 1466) von der SUVA.

2.5.2 Verfügungen: Kantone, SUVA (gemäss Art. 51 Abs. 1 ArG und Art. 64 VUV)

Wegen Nichtbefolgung von Vorschriften oder Verfügungen erliessen die Vollzugsorgane Verfügungen, dies verbunden mit einer Strafandrohung.

Die KAI erliessen im Berichtsjahr 67 Verfügungen (2013: 67) betreffend Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Betreffend Arbeitssicherheit stellten die Vollzugsorgane gemäss EKAS-Jahresbericht 2014 insgesamt 1236 Verfügungen aus (2013: 1175), davon 23 (2013: 14) von den KAI und 1213 (2013: 1161) von der SUVA. Die SUVA erhöhte als Folge ihrer Verfügungen in 70 (2013: 41) Fällen die Prämien der Unfallversicherung.

2.5.3 Anzeigen und Gerichtsentscheide (Bundesgericht, Kantone; gemäss Art. 51 Abs. 2 ArG und Art. 64 VUV)

Die Kantone meldeten dem SECO insgesamt 21 **Anzeigen** (2013: 43). Von diesen betrafen

- 17 die Arbeits- und Ruhezeiten (2013: 19)
- 1 die Unfallverhütung (2013: 7)

- 2 den Jugendarbeitsschutz (2013: 4)
- 1 den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (2013: 13).

9 Kantone (2013: 3) meldeten 11 **Strafurteile** (2013: 4) betreffend Übertretungen von Vorschriften des Gesundheitsschutzes nach ArG. Von diesen betrafen

- 5 die Arbeits- und Ruhezeiten (2013: 4),
- 4 den Gesundheitsschutz (2013: 0),
- 2 den Jugendarbeitsschutz (2013: 0).

In 9 Kantonen wurden mit den Strafurteilen **Bussen** im Umfang von insgesamt Fr. 17 600 (2013: Fr. 11 500) auferlegt.

3 Produktesicherheit

Im Bereich der Rechtsetzung wurden im März 2014 in der EU die überarbeiteten Richtlinien des sogenannten «Alignement-Packages» sowie die überarbeitete Druckgeräterichtlinie verabschiedet. Damit lagen nun die definitiven Rechtstexte vor, um die betroffenen Schweizer Verordnungen (Aufzüge, einfache Druckbehälter und Druckgeräte) anzupassen. Es ist geplant, die Anhörungen zu den Verordnungsentwürfen in der ersten Jahreshälfte 2015 durchzuführen, die definitiven Fassungen spätestens per Ende 2015 zu publizieren und dann zeitgleich wie in der EU im Frühjahr 2016 in Kraft zu setzen. Von dem bereits im Februar 2013 von der EU-Kommission beschlossenen Paket zur Verbesserung der Produktesicherheit und Marktüberwachung steht für die Schweiz die neue EU-Verordnung über die Produktesicherheit im Vordergrund, da sie eine Revision des Schweizerischen Produktesicherheitsgesetzes PrSG und der Produktesicherheitsverordnung PrSV erfordert. Im März 2014 kam die EU-Produktesicherheitsverordnung zur Beratung in das EU-Parlament, per Ende des Berichtsjahres war jedoch noch nicht bekannt, in welcher Phase sich das Projekt befand.

Im Vollzug gab es 2014 weniger Meldungen über nicht konforme Produkte (276, minus 45) und auch weniger Anfragen (128, minus 18) als im Vorjahr:

Abbildung 1: Meldungen nicht konformer Produkte an das Ressort Produktesicherheit ABPS 2014

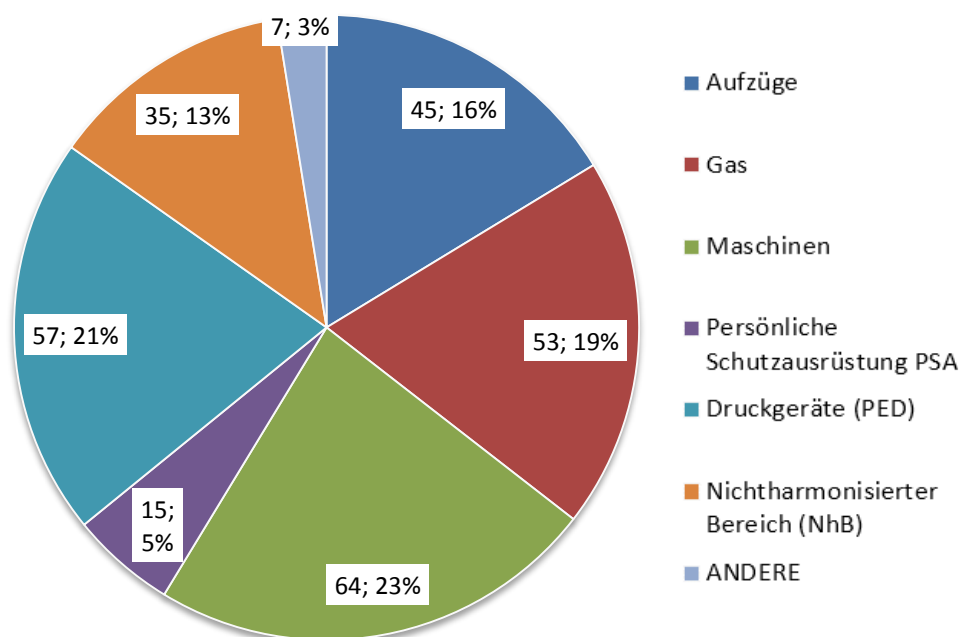
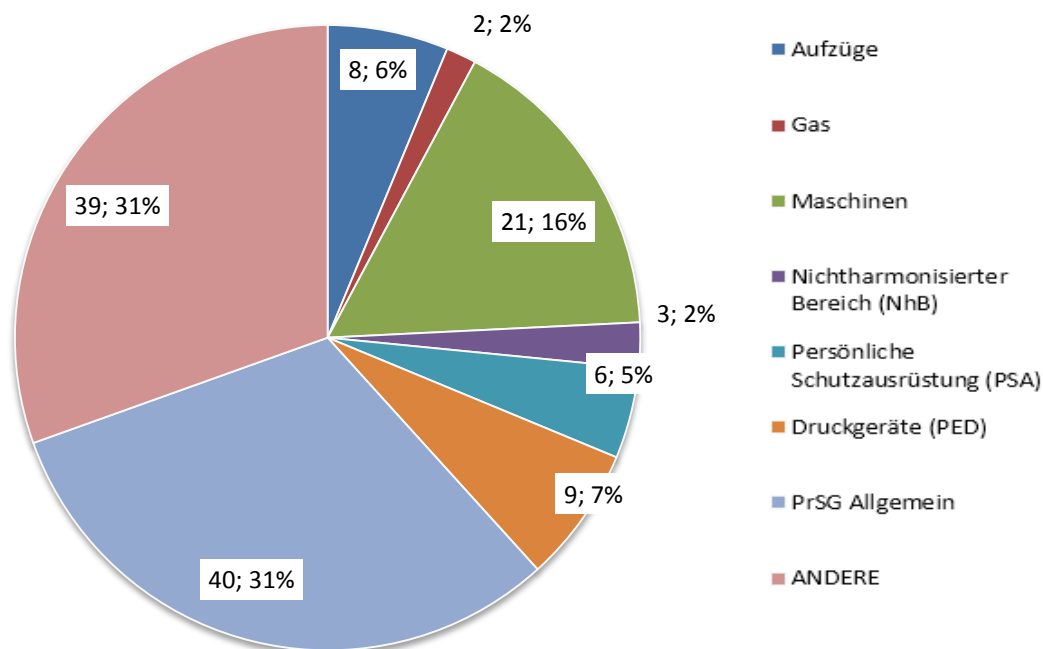


Abbildung 2: Anfragen an das Ressort Produktesicherheit ABPS 2014



4 Chemikalien und Arbeit

4.1 Gesetzliche Grundlagen

Im Bundesgesetz über den Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen ChemG (SR 813.1) steht, dass die Umwelt sowie die Gesundheit der Bevölkerung und der Arbeitnehmenden vor Gefährdungen durch Chemikalien geschützt werden sollen. Dieser Schutz wird u.a. gewährleistet durch Sicherheitselemente vor dem Inverkehrbringen von Chemikalien. In der gesetzlich vorgeschriebenen Selbstkontrolle übernimmt die Firma die Verantwortung für die Sicherheit ihrer Produkte. Für bestimmte Produktgruppen dagegen gibt es eine Zulassung durch die Behörden, in der die Einstufung, Kennzeichnung und Qualität des Sicherheitsdatenblattes vor dem Inverkehrbringen überprüft werden. Dies betrifft Pflanzenschutzmittel, Biozidprodukte und neue chemische Stoffe.

Seit 2007 tritt in der EU stufenweise ein neues Chemikalienrecht in Kraft, das die Einstufung und Kennzeichnung von Chemikalien regelt. Die Chemikalienverordnung (ChemV) und die Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung (ChemRRV) wurden an die europäische Gesetzgebung bezüglich Chemikalien (EU-Verordnung EG 1272/2008) angeglichen. Diese beschreibt die Grundsätze der GHS-Gefahrenkennzeichnung, in der die verschärften Regeln der Einstufung und die Kennzeichnung mit den neuen rot-weissen Gefahren-Piktogrammen vorgeschrieben werden. Seit dem 1. Dezember 2012 wird das GHS in der Schweiz vorerst nur für chemische Stoffe eingefordert. Gemische können bis zum 1. Juni 2015 noch nach dem alten System eingestuft und gekennzeichnet werden. Produkte, die nach dem GHS gekennzeichnet sind, dürfen schon jetzt auf dem Schweizer Markt vertrieben werden.

4.2 Vollzug

Im Vollzug des Chemikalienrechtes übernimmt der Bund die Aufgabe der Melde-, Anmelde- und Bewilligungsverfahren sowie die Überprüfung der gesetzlich eingeforderten Selbstkontrolle. Letztere gilt auch für Chemikalien, die nicht anmelde- oder bewilligungspflichtig sind (alte Stoffe, Zubereitungen, Gegenstände). Der Bund tritt dabei als Koordinationsorgan zwischen den Kantonen auf, welche stichprobenweise eine Marktkontrolle durchführen. Zentrale Aufgabe der Kantone ist daneben die Überwachung des Umganges mit Chemikalien (z.B. Aufbewahrung, Anwendung, Verbot des Ausbringens von Pflanzenschutzmitteln in der Grundwasserschutzzone S1).

4.3 Antragsgebundene Verfahren: Anmeldungen und Zulassungen

Verschiedene Beurteilungsstellen teilen sich die Aufgabe der fachlichen Beurteilung der Dossiers für die oben genannten Bewilligungsverfahren. Eine Anmeldestelle für Chemikalien, Neustoffe und Biozide bzw. eine Zulassungsstelle für Pflanzenschutzmittel koordiniert die Verfahren. Das SECO agiert hierbei als Beurteilungsstelle, welche die Aspekte des Arbeitnehmerschutzes überprüft.

Tabelle 5: Gemäss Chemikaliengesetz durchgeführte Verfahren 2014

Durchgeführte Verfahren gemäss ChemG	Anzahl
Anmeldungen Neustoffe	60-70 **
Übergangszulassungen von Biozidprodukten	190
Anerkennungen von in der EU zugelassenen Biozidprodukten	18
Zulassungen von Rahmenformulierungen von Biozidprodukten	46
Zulassungen von neuen Pflanzenschutzmitteln oder neuen Anwendungen	51
Erneuerung auslaufender Pflanzenschutzmittelzulassungen	145
Überprüfung bestehender Pflanzenschutzmittelzulassungen (entspricht 16 Wirkstoffen)	20

** Schätzung, denn die gemeinsame Anmeldestelle Chemikalien schickt die Verfügungen viel später.

Das Europäische Chemikalienrecht stellt eine erhebliche Verbesserung im Bereich Chemikalien und Sicherheit dar. Es ermöglicht den Zugang zu mehr Informationen über Substanzen in Alltagsprodukten und führt längerfristig dazu, dass gefährliche Stoffe schrittweise durch unbedenklichere Alternativprodukte ersetzt werden. Dieses ehrgeizige Ziel beansprucht jedoch grosse Ressourcen in der Privatwirtschaft und Verwaltung und führt seit einigen Jahren zu einem merkbaren Mehraufwand. Es ist anzunehmen, dass die Anzahl durchgeführter Verfahren im Bereich Chemikaliengesetz in den kommenden Jahren noch weiter deutlich ansteigen wird.

4.4 GHS-Informationskampagne

Seit September 2012 läuft die nationale Partnerkampagne «Genau geschaut, gut geschützt» zur Einführung der neuen GHS-Gefahrensymbole in der Schweiz. Das SECO agiert als (Mit-)Trägerin und unterstützt gleichzeitig die Kampagnenleitung (Bundesamt für Gesundheit) durch Beiträge mit Fokus Arbeitnehmerschutz. Für 2015 sind weitere Beiträge mit dem Fokus Arbeitnehmerschutz geplant. Alle Kampagnenunterlagen finden sich auf der Internetseite www.cheminfo.ch.

5 Anhang

5.1 Gesetze und Verordnungen

Der Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist vor allem in folgenden Gesetzen und Verordnungen verankert:

Gesetz / Verordnung	Abkürzung	SR-Nummer
Bundesgesetz vom 15. Dezember 2000 über den Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen (Chemikaliengesetz)	ChemG	SR 813.1
Verordnung vom 18. Mai 2005 über den Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen (Chemikalienverordnung)	ChemV	SR 813.11
Verordnung vom 18. Mai 2005 zur Reduktion von Risiken beim Umgang mit bestimmten besonders gefährlichen Stoffen, Zubereitungen und Gegenständen (Chemikalien-Risikoreduktionsverordnung)	ChemRRV	SR 814.81
Verordnung vom 18. Mai 2005 über das Inverkehrbringen von und den Umgang mit Biozidprodukten (Biozidprodukteverordnung)	VBP	SR 813.12
Bundesgesetz vom 13. März 1964 über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz)	ArG	SR 822.11
Verordnung 1 vom 10. Mai 2000 zum Arbeitsgesetz	ArGV 1	SR 822.111
Verordnung des WBF vom 20. März 2001 über gefährliche und beschwerliche Arbeiten bei Schwangerschaft und Mutterschaft (Mutterschutzverordnung)	--	SR 822.111.52
Verordnung 2 vom 10. Mai 2000 zum Arbeitsgesetz (Sonderbestimmungen für bestimmte Gruppen von Betrieben oder Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen)	ArGV 2	SR 822.112
Verordnung des WBF vom 16. Juni 2006 zur Bezeichnung der Bahnhöfe und Flughäfen gemäss Art. 26a Abs. 2 der ArGV 2	--	SR 822.112.1
Verordnung 3 vom 18. August 1993 zum Arbeitsgesetz (Gesundheitsvorsorge)	ArGV 3	SR 822.113
Verordnung 4 vom 18. August 1993 zum Arbeitsgesetz (Industrielle Betriebe, Plangenehmigung und Betriebsbewilligung)	ArGV 4	SR 822.114
Verordnung 5 vom 28. September 2007 zum Arbeitsgesetz (Jugendarbeitsschutzverordnung)	ArGV 5	SR 822.115
Verordnung des WBF vom 4. Dezember 2007 über gefährliche Arbeiten von Jugendlichen	--	SR 822.115.2
Verordnung des WBF vom 29. Mai 2008 über die Ausnahmen vom Verbot von Nacht- und Sonntagsarbeit während der beruflichen Grundbildung	--	SR 822.115.4
Bundesgesetz vom 20. März 1981 über die Unfallversicherung (Unfallversicherungsgesetz)	UVG	SR 832.20
Verordnung vom 19. Dezember 1983 über die Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten	VUV	SR 832.30
Bundesgesetz vom 12. Juni 2009 über die Produktesicherheit	PrSG	SR 930.11
Verordnung vom 19. Mai 2010 über die Produktesicherheit	PrSV	SR 930.111

5.2 Glossar

Abkürzung	Bedeutung
agriss	Stiftung AgriSicherheit Schweiz
ASA-Richtlinie	EKAS-Richtlinie Nr. 6508 über den Beizug von Arbeitsärzten und anderen Spezialisten der Arbeitssicherheit
BAG	Bundesamt für Gesundheit, EDI
BFS	Bundesamt für Statistik, EDI
bfu	Beratungsstelle für Unfallverhütung
CAS	Zertifikatslehrgang zum Thema Arbeit und Gesundheit
EDI	Eidgenössisches Departement des Innern
EKAS	Eidgenössische Koordinationskommission für Arbeitssicherheit
EU-OSHA	Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz
EWCS	European Working Conditions Surveys
GHS / CLP	Globally Harmonized System / Classification, Labeling and Packaging (Verordnung)
IAO	Internationale Arbeitsorganisation
IVA	Interkantonaler Verband für Arbeitnehmerschutz
KAI	Kantonales Arbeitsinspektorat
KMU	Kleine und mittlere Unternehmungen
MSD	Musculoskeletal disorders
NLF	New Legislative Framework
PB	Planbegutachtung(en)
PG	Plangenehmigung(en)
PSA	Persönliche Schutzausrüstung
SBFI	Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft, WBF
SLIC	Senior Labor Inspectors' Committee
SSUV	Sammelstelle für die Statistik der Unfallversicherung
SUVA	Schweizerische Unfallversicherungsanstalt
SVGW	Schweizerische Vereinigung für Gas und Wasser
VSAA	Verband Schweizerischer Arbeitsmarktbehörden
WBF	Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
WBT	Web-based Training